



Niederschrift

14. Plenarsitzung des Gemeinderates
30. September 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 13 der Tagesordnung: Beteiligung der Stadt Karlsruhe an rechtlich selbstständigen wirtschaftlichen Unternehmen, Eigenbetrieben und Stiftungen; Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2024
Vorlage: 2025/0144

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 23. September 2025.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wahrscheinlich sind nicht viele Worte dazu zu verlieren, weil der Beteiligungsbericht wie immer sauber aufbereitet ist und uns einen guten Überblick verschafft, daher vielen Dank. Vielleicht nur so ein paar relevante Punkte, wo es sich dann ja auch verändert und worauf Sie immer hinweisen, sind eben dann doch die Gesellschaften, in denen wir negative Entwicklungen und negative Tendenzen sehen. Natürlich sprechen sie da zu Recht den ÖPNV und auch das städtische Klinikum an. Was allerdings eben in diesem Beteiligungsbericht auch immer ein bisschen zu kurz kommt, ist tatsächlich auch einfach diese extreme Relevanz für die öffentliche Daseinsvorsorge, die genau diese Gesellschaften ja für uns auch erbringen und ohne die eben das Leben dieser Stadt auch gar nicht denkbar wäre. Das heißt, es sind quasi Pflichtaufgaben, die wir tätigen müssen, um die Gesellschaft hier und das Leben in der Stadt aufrecht zu erhalten. Und wir können da nur betonen, dass die finanziellen Probleme in diesen Fachbereichen nur gelöst werden können, wenn seitens des Bundes da eine andere Unterstützung der Kommunen passiert.

Und Krankenhausreform ist seit Jahren in der Diskussion. Im Bund haben wir uns ewig über Deutschlandticket-Finanzierungen gestritten und dabei ganz viele andere Sachen außer Acht gelassen. Ich glaube, diese Botschaft müssen wir einfach gemeinsam senden, dass es hier nicht nur Karlsruhe, sondern vor allem allen anderen Großstädten hier ganz genauso geht. Das ist, glaube ich, das, was wir hier mitnehmen können. Und die Reaktion kann eben nicht sein, in diesen Bereichen Leistungen einzusparen, weil das irgendwie jetzt

vielleicht nur das letzte Schräubchen ist, was wir selber in der Hand haben, um die Finanzen zu steuern, sondern wir müssen den Druck erhöhen, dass die öffentlichen Aufgaben, die uns auferlegt werden, eben auch vom Bund, aber eben teilweise auch vom Land finanziert werden. Ich glaube, so viel ist festzuhalten, weil dieses dann doch politische Fazit sie natürlich im Beteiligungsbericht etwas dezenter ausfallen lassen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Der Kollege Löffler hat ja mit seiner Grundaussage recht natürlich. Allerdings sehe ich schon etwas differenzierter in dem Bereich der Beteiligungen, denn eins ist auch klar, hätten wir das Defizit aus den Beteiligungen nicht, würde unser Haushalt anders aussehen. Und man muss es auch etwas dezidierter sehen im Falle, was ist Daseinsvorsorge, was ist es nicht. Natürlich ist es ganz klar im Bereich des Klinikums, ich denke, da haben wir hier einstimmige Voten, denn wenn hier Bund und Land ihren Verpflichtungen gegenüber nachkommen würden, würde dies ganz anders aussehen. Es ist trotzdem ärgerlich, dass wir jedes Mal aufs Neue immer wieder dieses Thema entsprechend angehen müssen. Aber, und das ist ja dieses Pendel, das immer hin und her schwingt, im nächsten Tagesordnungspunkt reden wir eben über einen Haushalt, der uns alle vor riesige Hürden stellt. Und da muss ich dann schon fragen: Ist alles, was wir innerhalb der Gesellschaften haben, auch dann wirklich eine Daseinsvorsorge, oder wie müssen wir damit umgehen? Und letztendlich sind wir es dann natürlich, die auch wieder entscheiden müssen, investieren wir hier oder investieren wir dort oder welche Aufgabe übernehmen wir. Und ich denke, das wird wirklich eine ganz schwierige Aufgabe demnächst, nur in dem Fall haben wir ja jetzt den Beteiligungsbericht, wo wir wieder ganz klar gesehen haben, auch welche Gesellschaften eben wie defizitär sind. Und da muss man noch mal eindeutig herangehen und muss auch wirklich sagen, hier müssen wir schon noch mal den einzelnen Finger in die Wunde legen. Denn wir haben es im Tagesordnungspunkt vorher, zwei vorher, gehört. Wir sind sowohl im Sozialen als auch in der Kultur, wir sind bei allem weit über die Grenzen hinaus dessen, was wir tun wollten. Von daher denke ich, kann man sich jetzt nicht das einfach machen und sagen, aber die Gesellschaften sind da außen vor, haben wir aber auch nicht. Aber wir sehen halt, dass es trotzdem ein Riesenbatzen ist, den wir hier einfach schon von den Gesellschaften her mitbekommen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Von mir auch erst mal ein Lob und ein Bekenntnis meiner Fraktion zu dem Gesamtkonzern Stadt Karlsruhe, wie wir es ja immer so gerne nennen, zu den 13.000 Mitarbeitenden, wovon 8.000, glaube ich, bei den Gesellschaften sind und 5.000 bei der Stadtverwaltung, die für uns unheimlich wichtige Arbeit leisten der Daseinsvorsorge, auch das haben wir jetzt oft gehört. Ich glaube, der Begriff Daseinsvorsorge, den zu quantifizieren, ist unheimlich schwierig, und ich weiß auch nicht, ob wir das so tun können, denn da geht es am Ende auch immer um die Frage: Wie viel ist Pflicht und also was mache ich mir zur eigenen Pflicht? Und wie weit muss ich Qualität in die Pflicht einbringen? Und ich glaube, ohne jetzt um den heißen Brei zu reden, aber wenn wir jetzt zum Beispiel vom ÖPNV sprechen, da ist natürlich auch eine Frage Taktverdichtung, Taktlockerung, wie lange fahren die, wie fahren die am Wochenende, wie ist es für Menschen, die Schichtarbeiten und dergleichen. Das ist einfach so eine große Spanne, sich dafür festzulegen, was ist jetzt meine Definition von Daseinsvorsorge, dass ich diesen Versuch jetzt an der Stelle auch gar nicht machen möchte.

Ich möchte auf die Tabelle hinweisen, die, glaube ich, auf Seite 24 steht, weil das ist eigentlich für mich der Kern der Aussage des Beteiligungsberichts .und das zeigt die Ströme, wie Geld aus dem Steuerhaushalt, aus dem Haushalt der Stadt Karlsruhe in die

Gesellschaften fließt und wieder zurückfließt, hauptsächlich durch Konzessionsabgaben. Und im Prinzip kann man da eigentlich schon alles erkennen. 2015 hatten wir noch ungefähr netto minus, also mehr Einfluss als Ausfluss von 5 Millionen. Und jetzt sind wir, selbst wenn man die Gesellschaften, die zwischenzeitlich dazu kamen, abzieht, glaube ich noch bei 160 Millionen netto minus. Also innerhalb von zehn Jahren reden wir ja hier von einer unfassbaren Explosion. Und ich glaube, bei allem Respekt, Herr Kollege Hofmann, durch eine einfache Diskussion, was ist jetzt Daseinsvorsorge und nicht, lässt sich das nicht beantworten, weil diese Summen einfach viel zu groß sind.

Und da sind andere Dinge aus dem Ruder gelaufen, und auch da bediene ich mich jetzt wieder des alten Tricks. Ich zeige mit den Fingern auf die anderen. Der Kollege Löffler hat es zu Recht gemacht mit dem Bund bei der Krankenhausversorgung. Ich möchte noch mal, und werde nicht müde, das zu tun, bei dem ÖPNV vor allem auf das Land zeigen. Wir haben da jetzt den Mobilitätspass, den haben wir ja sicherlich alle schon mal gehört, was dahintersteckt, der jetzt gesetzlich eingeführt wurde von unserer Landesregierung oder eingeführt werden soll, und am Ende sehen wir, wenn er so jetzt in die Anwendung kommt, wie er ursprünglich vorgestellt wurde, ich glaube im März oder April, dass wir da als Karlsruhe auch wieder in die Röhre gucken werden, weil die Dinge, wo dann Geld da ist, also für den Ausbau, für die Barrierefreiheit, für die Nachhaltigkeit, das sind Dinge, die wir schon vorbildlich viele Jahre jetzt gemacht haben und ganz viel Geld eingesteckt haben, die auch dazu beigetragen haben, dass wir eben in operativen Kosten ein Defizit haben. Und dafür ist er eigentlich nicht vorgesehen. Mein Appell ist es eigentlich, dass wir noch mal mit aller Kraft und auch Sie, Herr Oberbürgermeister, dass wir da mit dem Land einfach noch mal in Diskussion gehen und gucken, denn am Ende kann diese Nahverkehrsabgabe dann vielleicht schon eine Lösung sein oder zumindest eine Teillösung zu den Problemen, auch wenn das vielleicht alle noch nicht wahrhaben wollen.

Stadtrat Seidler (AfD): Der Beteiligungsbericht beschreibt detailliert auf 253 Seiten Beteiligungen mit einem städtischen Anteil von mindestens 25 Prozent. Das sind derzeit 45 Unternehmen, 5 Stiftungen, 3 Eigenbetriebe. Unternehmen, bei denen die Stadt Anteile von unter 25 Prozent direkt oder indirekt hält, fehlen darin. So ist die Stadt über die KVVH, die wiederum bei der Badischen Energieaktionärsvereinigung beteiligt ist, indirekt Aktionär bei den EnBW. Erst im Mai 2025 hat der Gemeinderat gegen die Stimmen der AfD-Fraktion mehrheitlich der Teilnahme der KVVH an der Kapitalerhöhung der EnBW zugestimmt. Die KVVH besitzt wiederum 100 Prozent der Verkehrsbetriebe und 80 Prozent der Stadtwerke. In diesem Jahr ist mit der World Games GmbH ein 46. Unternehmen hinzugekommen, an der wiederum vier Gesellschafter beteiligt sind, die Stadt zu 70 sowie zu jeweils 10 Prozent die Karlsruher Messe und Kongress, die Karlsruher Marketing und Event und die Karlsruher Touristik GmbH. Man sieht, die städtischen Beteiligungen sind ineinander verwoben und verschachtelt. Wie viele Personen gibt es überhaupt, die diese Strukturen wirklich noch verstehen? Ob die Stadt ein guter Unternehmer ist? Bei einem Gesamtergebnis aller städtischen Beteiligungen von minus 108 Millionen eher nein. Warum? Weil politische Zielvorgaben zu oft die Unternehmen wirtschaftlich überfordert haben. Nirgendwo wird dies deutlicher als bei den Verkehrsbetrieben, die einen Jahresverlust von 120,9 Millionen Euro aufweisen. Würde dieser Verlust nicht ausgeglichen, stünden die Verkehrsbetriebe bei einem buchmäßigen Eigenkapital von 130,8 Millionen Euro bereits nach einem einzigen Wirtschaftsjahr ohne eigenes Kapital da. Das strategische Unternehmensziel sei Nachhaltigkeit, lesen wir im Beteiligungsbericht. Wirtschaftliche Tragfähigkeit als ein Pfeiler der Nachhaltigkeit scheint dabei nicht bedacht zu sein oder nicht ausreichend. Was tun? Stopp aller

überambitionierten politischen Vorgaben, Überprüfung, an welchen Unternehmen städtische Beteiligungen wirklich sinnvoll sind. Die Verkehrsbetriebe werden dringend benötigt. Aber muss sich die Stadt wirklich dauerhaft an einen touristischen Flughafen wie dem Baden-Airpark beteiligen, der ebenfalls Jahr für Jahr Verluste erzielt? Auch Beteiligungen, die geringe Gewinne aufweisen, deren Geschäftsfelder eigentlich nichts mit der Daseinsvorsorge Karlsruhes zu tun haben, sollten nur dann behalten werden, wenn die Eigenkapitalrendite mindestens so hoch wie die Kreditzinsen der Stadt Karlsruhe sind, denn alle Verluste und Kapitaleinlagen sind ja letztlich kreditfinanziert und verschlechtern den städtischen Ergebnishaushalt.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Ja, der Beteiligungsbericht in dieser Größe ist erst mal, dass man den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die daran mitgewirkt haben, nur das größte Lob aussprechen muss. Das gehört vielleicht am Anfang der einführenden Worte dazu, dass man das sagt, weil das ist ja eine Mammutaufgabe, so einen Bericht uns zu erstellen. Das ist, ich denke, einer der größten Berichte, die wir hier immer vorgelegt bekommen, dafür meinen größten Respekt meiner Fraktion. Ja, es wurde viel im Vorfeld und von den Kollegen jetzt schon auch gesagt. Und der eine hat mit dem Finger dahin gezeigt, der andere hat dahin gezeigt. Das steht mir fern, Herr Oberbürgermeister. Mir, möchte ich einfach sagen, ist es wichtig zu sagen, ja, wir haben Probleme, die uns von außen auferlegt werden und die wir nicht imstande sind, hier bei der Stadt Karlsruhe zu lösen. Aber wir haben natürlich auch einige Probleme über die letzten Jahre selbst heraufbeschworen. Und wenn man sieht, dass man Gesellschaften hat, ich nehme jetzt mal raus die Stadtwerke oder die Volkswohnung, die ja die letzten Jahre zu einem großen Teil daran mitgewirkt haben, dass wir noch einigermaßen in einigen Bereichen ausgleichen können und konnten. Es ist nur die Frage, wie das in den nächsten Jahren überhaupt weitergehen soll, weil eines muss uns hier im Hause klar sein. Umso mehr wir diese Gesellschaften weiter zur Ader lassen, umso schlechter wird es auch der Stadtgesellschaft im Ganzen gehen. Weil ich sage es ganz ehrlich, die Volkswohnung baut diese Wohnungen, Sozialwohnungen etc., die wir auch dringend notwendig haben. Deshalb kann ich nur davor warnen, zu sagen, alle anderen sind schuld. Nein, wir müssen unsere Hausaufgaben machen im Spätjahr. Das wird uns so schwerfallen wie wahrscheinlich noch nie einem Gemeinderat vor uns. Und da beschwöre ich nur herauf, die Gesellschaften versuchen sich, wie ich gerade eben gesagt habe, untereinander auch etwas unter die Arme zu greifen.

Wir müssen, um die Stadtgesellschaft auch weiterhin zusammenzuhalten, uns unter die Arme zusammen greifen und unterhaken, weil ich sage, es bringt uns nichts, wenn wir uns im Spätjahr zerfleischen, wenn dieser Haushalt von uns allen zusammen beschieden werden muss. Da kommen riesige Aufgaben auf uns zu. Ich hoffe, dass wir das zusammen gemeinsam im Rat bewerkstelligen können und die Stadtgesellschaft weiterhin noch zusammenhalten können.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank. Ich will der Diskussion nachher nicht vorgreifen, aber doch noch einmal Wert darauf legen, weil Sie das nachher bei der Liste der Einsparvorschläge auch erkennen können.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ich habe zwei Größen angeguckt, die waren mir sehr wichtig, und zwar das eine ist die Personalentwicklung. Wenn man schaut, von 2014 bis 2024 haben wir 2.000 Stellen dazugewonnen im Gesamtkonzern, also Verwaltung plus die Beteiligung, 2.000 Stellen. Das ist ein großes Unternehmen, das wir dazu gebaut haben quasi.

Das muss man sich schon genau angucken. Das würde ich auch schon empfehlen. Ich bin ganz bei Herrn Löffler zum Beispiel und bei auch anderen, die sagen, man muss beim Land und beim Bund gucken. Aber wir müssen ja auch gucken, was geht auf unsere Kosten, wo haben wir nicht geguckt. Deswegen muss man sehr kritisch gucken, was wir aufgebaut haben. Ist es wirklich auch immer Daseinsfürsorge? Ist es immer auch notwendig, in dieser Weise aufzubauen? Das Zweite sind die Zahlungsströme. Es wurde darauf hingewiesen, schon in zehn Jahren von 5 Millionen auf 184 Millionen. Eigentlich müssen die Zahlungsströme andersherum fließen vom Erfinder des Gesetzes. Das war eigentlich gedacht, dass der Kernhaushalt profitiert von Gesellschaften, und jetzt hat es sich bei uns gerade herumgedreht.

Deswegen, wir müssen die Beteiligung wirklich stärker beteiligen in gleicher Weise, wie wir es im Kernhaushalt auch machen. Da muss die Beteiligung auch herangenommen werden. Ich weiß, es sind Vorgaben gemacht worden, aber ich bin mir nicht sicher, ob das so konsequent umgesetzt wird, wie es im Kernhaushalt gemacht wird und das genauso durchgesetzt ist. Deswegen, es ist noch nicht verloren, aber wir müssen an der Stelle arbeiten, dass diese Zahlungsströme von den Beteiligungen, vom Kernhaushalt in die Beteiligung andersrum laufen. In Zukunft muss es anders laufen, sonst gehen wir baden mit den ganzen Unternehmungen.

Der Vorsitzende: Also mir ist nochmal wichtig, deutlich zu machen, weil Sie es auch nachher bei der Liste ja quasi öffentlich wahrnehmen, dass wir zwischen der Unterscheidung Daseinsvorsorge, Nicht-Daseinsvorsorge, Pflichtaufgabe, freiwillige Aufgabe, dass uns das überhaupt nicht groß weiterhilft bei der Bewältigung unserer finanziellen Situation, sondern dass wir auch bei sämtlichen Pflichtaufgaben und bei sämtlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge nach nach unserem Verständnis, die nicht immer auch schon Pflichtaufgaben sind, der ÖPNV ist so ein Beispiel, immer auch gucken müssen, sind dort die Mittel richtig eingesetzt. Sind wir in der Balance zwischen der Erfüllung verschiedener Aufgaben, gerade hier, was dann das Thema betrifft, auf dem richtigen Weg? Und wo übererfüllen wir vielleicht, nicht aus Sicht der Kundschaft eine Aufgabe, aber aus Sicht unserer finanziellen Möglichkeiten? Und insofern würde ich da jetzt gar nicht unter einer Rubrik irgendetwas aus der Betrachtung komplett rausnehmen wollen, sondern möchte an Sie alle appellieren, dass alle einen Beitrag leisten müssen. Wir sind, finde ich, in der Verwaltung Gott sei Dank darüber hinweg, dass es eine Art Konkurrenzkampf zwischen den Dienststellen und Dezernaten gibt, angesichts der Einsparauflagen, weil alle jetzt verstanden haben, dass jeder seinen Beitrag leisten muss und es überhaupt nichts nutzt, auf den anderen zu verweisen. Und ich wünsche mir für die Haushaltsberatung, dass wir das auch in der Stadtgesellschaft so hinkriegen, dass nicht die verschiedenen sozusagen prioritären Bereiche einzelner Bürger und Initiativen dazu führen, dass es dann dazwischen im Grunde eine Spaltung gibt, sondern dass man einfach gemeinsam versucht, hier auch ein gemeinsames Ziel zu erreichen.

Herr Stadtrat Seidler, Sie haben gesagt, VBK ist kein Beispiel für wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, man kann natürlich ÖPNV auch ganz anders organisieren, so wie es zum Beispiel das Land bei uns mit der AVG macht. Da wird ein Verkehrsvertrag abgeschlossen, da wird für den AVG-Kilometer ein Kilometerpreis ausgehandelt, und der wird dann eben bezahlt. Und wenn wir dann diese Leistung gut hinkriegen, haben wir am Ende noch ein paar Millionen übrig, die dann wiederum bei der KVVH für eine Ergebnisverbesserung sorgen. Wenn wir ihn schlecht umsetzen, dann verlieren wir was dabei. Sie haben und wir haben uns bei VBK für ein anderes Modell entschieden. Es

gibt eine Vereinbarung, was VBK zu leisten hat, und es gibt die Zusage, dass sich das dadurch entstehende Defizit, nicht das über eine Leistung hinaus, sondern das komplette Defizit, dann eben über KVVH abbildet. Das war auch vor 12, 15 Jahren noch gar kein Problem, weil sich das etwa mit der Größenordnung der Einnahmen der Stadtwerke ausgeglichen hat. Und es wäre ein Leichtes zu sagen, wir ändern das und machen auch VBK zu einem üblichen Dienstleister, bei dem wir eine Leistung bestellen und die wir dann auch bezahlen. Dann wäre es nicht mehr ein Defizit bei KVVH, sondern ein Defizit im städtischen Haushalt, denn wir würden es ja von der Stadt bei VBK einkaufen. Das kann man alles machen, nur das ändert an der Größenordnung des Defizits und an dem, was wir zu erbringen haben, nichts. Und ich habe mir mal den Spaß erlaubt zu bitten, dass man mal den Bahnkilometer ausrechnet, den wir als VBK zahlen müssten, wenn wir eine ähnliche Systematik anlegen, wie das das Land bei AVG macht. Und wir kommen annähernd auf dieselben Kilometerpreise. Das heißt, das derzeitige Modell ist auch nicht schlechter oder besser als das andere. Mir ist das nur deswegen wichtig, weil oft dann so der Eindruck entsteht, die arbeiten da ein Defizit auf, und das müssen wir halt leider immer tragen, weil wir es nicht steuern können. Man kann es schon über solche Vereinbarungen steuern und eine andere vertragliche Grundlage schaffen, nur es löst unser Gesamtkonzernproblem an dem Thema nicht. Und deswegen werden wir auch über eine Anpassung von Leistungen bei der VBK an unsere aktuelle finanzielle Leistungsfähigkeit reden müssen, ohne dass wir deswegen den ÖPNV oder das Klinikum oder was auch immer grundsätzlich in Frage stellen und mit dem Verweis auf andere politische Ebenen.

Der Verweis ist absolut notwendig und richtig. Ich sage nur wieder Landtagswahl, Ausrufezeichen. Der hilft uns nicht darüber hinweg, dass wir trotzdem diese Schritte jetzt gemeinsam gehen müssen. Soviel vielleicht noch zu dem einen oder anderen Punkt, der hier angesprochen wurde. Sie haben ansonsten die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen. Und damit können wir den Tagesordnungspunkt abschließen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
14. Oktober 2025